

Die „Tägliche Omaha Tribune“ widmet heute den Dodge und Cuming Counties auf Seite 2 und 3 besondere Aufmerksamkeit. Alle dort verzeichneten Firmen sind unseren Lesern besonders empfohlen.

Zur Omaha und Umgebung: Schön und kälter heute abend, Donnerstag teilweise bewölkt und anhaltend kalt.
Zur Nebraska: Schön und kälter heute abend, Donnerstag veränderlich.
Zur Iowa: Teilweise bewölkt und kälter heute abend, Donnerstag schön u. anhaltend kalt.

Briten vertuschen die Erfolge der U-Boote!

Ihre leeren Prahlereien vertragen sich nicht mit der Bestürzung, die über deren Tätigkeit in Marinekreisen herrscht.

Minister Dr. Helfferich erklärt, daß sich Deutschland nicht um die Früchte des Erfolges der U-Boote bringen lassen würde.

Kein Tauchboot seit dem 1. Februar verloren!

Berlin, 21. Feb. (Zunfenerbericht.) Das offizielle deutsche Pressobureau macht gestern folgendes bekannt: „In neutralen Zeitungen wird über London berichtet, daß die Briten jetzt von Seiten der Tauchboot-Situation sind, und da die Zahl der zerstörten deutschen Tauchboote geheim gehalten wird, ist es nur eine bloße Frage der Zeit, wann der Seehandel wieder ohne Gefahr aufgenommen werden wird.“

Deutsche Zeitungen weisen darauf hin, daß verantwortliche deutsche Kreise, falls sie wirklich der Wahrheit die Ehre geben, anderer Meinung sind. Seit den letzten Tagen haben die Briten die Taktik angewandt, ihre Schiffverluste zu verschleiern, um dem Volke die Meinung beizubringen, daß es überhaupt keine Tauchbootgefahr gibt. Aber das Brevitoll wird bald die nackte Wahrheit erfahren.

Was nun die Zerstörung deutscher Tauchboote seit dem 1. Februar betrifft, so weiß man in zuständigen deutschen Kreisen nichts darüber, auch hat man dort über die Fortnahme eines deutschen Tauchbootes nichts vernommen. Es muß nachdrücklich wiederholt werden, daß, wer sich in die Gefahrenzone begibt, umkommt.“

Helfferich sieht Erfolg voraus.

Berlin, 21. Feb. (Zunfenerbericht.) Bei Besprechung des verstorbenen Tauchbootkrieges sagte Minister Helfferich: „Wir sind des Erfolges sicher, und wir werden nichts und niemand geschehen, um uns die Früchte dieses Erfolges zu benehmen. Die Schiffahrt, welche das britische Inselreich mit der übrigen Welt verbindet, ist bereits auf den Gefahrenpunkt herabgelungen.“

Spiionagegesetz vom Senat angenommen!

Dasselbe gewährt dem Präsidenten in das Weitergehende Nachbefugnisse.

Washington, 21. Feb. — Mit 60 gegen nur 10 Stimmen nahm gestern der Senat die Spionagevorlage der Regierung an, welche schwere Strafen für Spionage in Sachen der Landesverteidigung vorsieht wie auch für Verleumdungen, die amerikanische Neutralität zu verletzen. Die Vorlage besteht aus vierzehn verschiedenen Abschnitten und wurde fast ohne Änderung angenommen, abgesehen mehrere Senatoren im Laufe der Debatte, besonders Senator Canning von Iowa, erklärt hatten, daß damit der Präsident das Recht erhalte, die Rede- und Pressefreiheit vollständig zu knebeln und selbst den Mitgliedern des Kongresses die Diskussion der Landesverteidigung zu verbieten.

\$13,371,000 für Panamakanal-Zone!

Washington, 21. Feb. — Kriegssekretär Baker hat gestern dem Kongress eine neue Forderung von \$13,371,000 eingereicht, um neue Truppenquartiere in der Panamakanal-Zone zu errichten und für Ausgaben für Vergrößerung der Kasernen, welche der Kongress bereits ermächtigt hat. Baker fügt hinzu, es sei höchst notwendig, daß diese Summe sofort erhältlich gemacht werde.

Bekannter Amerikaner in Berlin gestorben!

Berlin, 21. Feb. — George S. Atwood, Sekretär der amerikanischen Handelskammer in Berlin, ist hier nach dreitägiger Krankenlagerung gestorben. Er wurde heute nachmittags auf einem Vorstadt-Friedhof beerdigt.

Deutsche offizielle Kreise wundern sich!

Man kann nicht einsehen, was Amerika mit der Doppelmonarchie über U-Boote zu verhandeln hat.

Amsterdam, 21. Feb., über London. Das offizielle Deutschland nimmt an den zwischen dem amerikanischen Volkstheater Penfield in Wien und dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren im Gange befindlichen Verhandlungen großes Interesse — ja man kann sich diese Konferenz nicht erklären. Man ist erstaunt darüber, daß in den Berichten irgend welche Zweifel bestehen könnten, wonach Österreich-Ungarn nicht in völliger Einklang mit Deutschland in bezug auf die Verschärfung des Tauchbootkrieges stehen sollte. Es wird offiziös erklärt, daß Kaiser Karl entschlossen ist, seinen Verbündeten in jeder Hinsicht zur Hand zu gehen. Auch wird hervorgerufen, daß österreichisch-ungarische Minister jener Konferenz beizutreten, in welcher der unbegrenzte Tauchbootkrieg beschlossen wurde. Österreich ist ganz und gar für diese Maßnahme eingenommen als Gegengewicht gegen die britische Aushungerungspolitik.

Man glaubt, daß es sich bei der Konferenz zwischen Herr Penfield und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren um etwas anderes, als den verschärfsten Tauchbootkrieg handeln würde. (Diese Debatte kommt über London; dort weiß man aber auch ganz genau, daß Deutschland und Österreich-Ungarn einig sind. Die deutsche Regierung wird um diese Zeit schon genau wissen, um was es sich in dieser Konferenz gehandelt hat. Sicher sollte diesbezügliche nicht den Zweck, Österreich-Ungarn zu veranlassen, auf Deutschland einen Druck auszuüben, um die Bestimmungen des unbegrenzten Tauchbootkrieges zu mildern.)

Australien handelt sehr vernünftig!

London, 21. Feb. — Gemäß einer Reutersmeldung aus Melbourne hat die australische Regierung ein Gesetz erlassen, welches die Abreise von Frauen und Kindern nach Europa unter allen Umständen verbietet. (Amerika jedoch besteht auf seinen Schein und läßt seine Bürger selbst auf Munitionsdampfern reisen.)

Zwei Amerikaner auf verurteiltem Dampfer.

Washington, 21. Feb. — Laut einem Kabelgramm des amerikanischen Konsuls Frost in Liverpool befanden sich auf dem am Samstag morgen verurteilten norwegischen Kohlendampfer „Dalbeattie“ zwei amerikanische Seeleute, die allerdings mit der übrigen Besatzung gerettet wurden, von denen jedoch der eine im Hospital zu Schull krank darniederliegt. Der Norweger, der 819 Tonnen groß war, wurde am Samstag, den 17. Februar, morgens um 7:30 durch Schiffsfeuer verurteilt, und die Besatzung wurde Sonntag früh gegen zwei Uhr gerettet.

Englische Unterdrückung bewiesen.

(Gleichlich nach dem Bericht des Konsuls Frost der obige Dampfer am Samstag verurteilt und die Mannschaft in der darauf folgenden Nacht gerettet wurde, ist bisher kein Beweis dafür, daß die Besatzung dieser hünnerer gepulverten Kohlen aus dem britischen Unterdrücken und verheimlicht wird.)

Zwei Fischerdamer verurteilt.

London, 21. Feb. — Zwei Fischerdamer wurden zusammen nur 203 Tonnen schwer und die einzigen Schiffe, deren Besatzung am Dienstag verurteilt wurde. (Ra. Schwannbrüder!)

Süddakota soll knochentrocken werden!

Pierre, S. D., 21. Feb. — Der Senat hat gestern die bereits im Hause durchgegangene Vorlage für Inodentrostene Prohibition ebenfalls angenommen. Dasselbe verbietet die Herstellung, den Verkauf und das Trinken von alkoholischen Getränken im Staate. Die Vorlage bedarf jetzt nur noch der Unterzeichnung des Gouverneurs von Süddakota zu erlangen. Das Gesetz soll vom 1. Juli an in Kraft treten.

Bei der Unterzeichnung der Vorlage wurde eine Anti-Kongressvorlage angenommen, welche den Verkauf von Zigaretten an Kinder verbot.

Senatskomitee für weitere 50 Tauchboote!

Washington, 21. Feb. — Die Flottenbesatzungs-Vorlage wurde gestern vom Flottenkomitee des Hauses angenommen. Die bewilligte Summe beträgt fast eine halbe Million Dollars. Der Antrag von Senator Vandenberg, daß vierzig neuen Tauchboote und zehn Hochsee-Tauchboote der Vorlage beigefügt werden, wurde angenommen. Die Hälfte dieser Hinterboote soll an der pazifischen Küste gebaut werden.

\$10,000 für De Vaca Winoc.

Santa Fe, N. M., 21. Feb. — Das Repräsentantenhaus bewilligte gestern der Witwe des verstorbenen Gouverneurs De Vaca die Summe von \$10,000, welcher Betrag dem Gehalt des Gouverneurs für einen vollen zweijährigen Termin gleichkommt. Man ist davon überzeugt, daß der Senat sich dem Vorgehen anschließen wird.

Bekehr heimlich gehalten.

Banana, 21. Feb. — Die Bekehrung der Banana-Kanalarbeiter hat die Bekehrung von Nachbarn über den Schiffverkehr durch den Kanal.

Mittelländisches Meer von U-Booten heimgeführt!

Transportdampfer, mit Truppen besetzt, und fünf andere Schiffe verurteilt.

Berlin, 21. Feb. (Zunfenerbericht.) Die leberische Nachrichtenagentur meldet von der Besetzung eines mit Truppen vollbesetzten italienischen Transportdampfers sowie vier anderer Fahrzeuge während der letzten Tage in der Sperzone des Mitteländischen Meeres.

Neben dem obigen Transportdampfer sind noch zwei armierte Dampfer von 3000 resp. 4500 Tonnen besetzt worden, ferner der italienische Dampfer „Deana“ von 4200 Tonnen, der französische Dampfer „Moubant“, 3200 Tonnen groß, und das französische Segelschiff „Anphrodite“ mit einem Gehalt von 600 Tonnen. Diese Nachricht ist dem Bericht des offiziellen Pressobureaus entnommen.

Die beiden armierten Dampfer führten wichtige Ladungen für Salonik und das Meer. Segler große Eisen für Äthiopien an Bord.

Weiter heißt es in dem Bericht, daß die türkischen Erfolge des Tauchbootkrieges natürlich bedeutend größer sind, da die Mehrzahl der Tauchboote noch nicht verurteilt hat. Außerdem muß auch die Schließung der neutralen Schiffahrt mit in Betracht gezogen werden.

London sucht abzuschwächen.

London, 21. Feb. — Bezüglich der obigen Meldung hat Lords keinen italienischen Dampfer namens „Deana“ auf seiner Liste, jedoch einen Dampfer dieses Namens von 4217 Tonnen, welcher der Firma L. Ritalunga in Genua gehört — ist das etwa kein Italiener?

Von den übrigen Schiffen ist ebenfalls keine Liste vorhanden. (Während die hiesigen Tageszeitungen in der Landessprache bisher noch nichts davon verlauten ließen, brachte die „Omaha Tribune“ über den Tauchboot-Skandal in Italien, die sich hiermit als völlig wahrheitsgemäß bewährt. — Das Lords über die verurteilten italienischen Dampfer nichts angeben können, liegt daran, daß die italienische Regierung für alle italienischen Fahrzeuge selbst die Versicherung übernimmt, und Lords natürlich daher deren Namen nicht auf der Liste hat.)

Zwei Amerikaner auf verurteiltem Dampfer.

Washington, 21. Feb. — Laut einem Kabelgramm des amerikanischen Konsuls Frost in Liverpool befanden sich auf dem am Samstag morgen verurteilten norwegischen Kohlendampfer „Dalbeattie“ zwei amerikanische Seeleute, die allerdings mit der übrigen Besatzung gerettet wurden, von denen jedoch der eine im Hospital zu Schull krank darniederliegt. Der Norweger, der 819 Tonnen groß war, wurde am Samstag, den 17. Februar, morgens um 7:30 durch Schiffsfeuer verurteilt, und die Besatzung wurde Sonntag früh gegen zwei Uhr gerettet.

Englische Unterdrückung bewiesen.

(Gleichlich nach dem Bericht des Konsuls Frost der obige Dampfer am Samstag verurteilt und die Mannschaft in der darauf folgenden Nacht gerettet wurde, ist bisher kein Beweis dafür, daß die Besatzung dieser hünnerer gepulverten Kohlen aus dem britischen Unterdrücken und verheimlicht wird.)

Zwei Fischerdamer verurteilt.

London, 21. Feb. — Zwei Fischerdamer wurden zusammen nur 203 Tonnen schwer und die einzigen Schiffe, deren Besatzung am Dienstag verurteilt wurde. (Ra. Schwannbrüder!)

Süddakota soll knochentrocken werden!

Pierre, S. D., 21. Feb. — Der Senat hat gestern die bereits im Hause durchgegangene Vorlage für Inodentrostene Prohibition ebenfalls angenommen. Dasselbe verbietet die Herstellung, den Verkauf und das Trinken von alkoholischen Getränken im Staate. Die Vorlage bedarf jetzt nur noch der Unterzeichnung des Gouverneurs von Süddakota zu erlangen. Das Gesetz soll vom 1. Juli an in Kraft treten.

Bei der Unterzeichnung der Vorlage wurde eine Anti-Kongressvorlage angenommen, welche den Verkauf von Zigaretten an Kinder verbot.

Senatskomitee für weitere 50 Tauchboote!

Washington, 21. Feb. — Die Flottenbesatzungs-Vorlage wurde gestern vom Flottenkomitee des Hauses angenommen. Die bewilligte Summe beträgt fast eine halbe Million Dollars. Der Antrag von Senator Vandenberg, daß vierzig neuen Tauchboote und zehn Hochsee-Tauchboote der Vorlage beigefügt werden, wurde angenommen. Die Hälfte dieser Hinterboote soll an der pazifischen Küste gebaut werden.

\$10,000 für De Vaca Winoc.

Santa Fe, N. M., 21. Feb. — Das Repräsentantenhaus bewilligte gestern der Witwe des verstorbenen Gouverneurs De Vaca die Summe von \$10,000, welcher Betrag dem Gehalt des Gouverneurs für einen vollen zweijährigen Termin gleichkommt. Man ist davon überzeugt, daß der Senat sich dem Vorgehen anschließen wird.

Türken kämpfen, bis Feinde bezwungen!

Türkisches Abgeordnetenhaus erteilt der Regierung einstimmig ein Vertrauensvotum.

London, 21. Feb. — Das türkische Abgeordnetenhaus hat der türkischen Regierung einstimmig ein Vertrauensvotum erteilt.

Wie eine Debatte aus Konstantinopel nach Amsterdam meldet, hat der neue türkische Großvezir, Zafat Bei, in einer vor dem Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede folgendes ausgesprochen: Bei Wiederaufnahme unserer Arbeit sind wir uns der auf uns ruhenden schweren Pflichten voll und ganz bewußt. Unser Land, welches von jeder noch außen hin einen schweren Stand hatte, hat sich zur Darbringung von Opfern gezwungen gesehen, wie wir sie in der Vergangenheit nie gekannt hatten.

Unsere Feinde haben die Absicht kundgegeben, uns in das Innere Kleinasiens zurückzudringen, uns aus Konstantinopel herauszuwerfen und uns von den Meerengen zu verjagen.

Auf diese lächerlichen Drohungen unserer Feinde, welche infolge der ihnen von unserer tapferen Armee zugefügten Niederlage von den Daranelen entflohen sind, erwidern wir, daß wir Konstantinopel nicht aufgeben werden, solange ein einziger Ottomaner lebt.

Wir werden diesen gigantischen Kampf in treuer Waffenbrüderschaft mit unseren tapferen und siegreichen Verbündeten solange fortsetzen, bis unsere Feinde gezwungen sein werden, unser Erbteil anzuerkennen. Das ist unser Ziel.

Wie Zafat Bei weiter erklärte, ist es der Türkei gegenwärtig nicht möglich, sich mit inneren Reformen zu befassen, da das ganze Land in der Nation darauf gerichtet sein müsse, die durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Sie Unternehmung der Tenterung!

Wilson bezieht auf Bewilligung von \$400,000 hierfür: Opposition im Hause.

Washington, 21. Feb. — Eine der Maßnahmen, auf deren Annahme seitens des Kongresses vor dessen Vertagung der Präsident mit aller Gewalt besteht, ist die Bewilligung von \$400,000, welche von der Bundeshandelskommission verlangt wird, um eine Unternehmung über die Ursachen der hohen Lebensunterhaltungskosten einzuleiten.

Es wurde gestern bekannt, daß Herr Wilson verlangt, daß die Kommission welche auf seine Verantwortung die Unternehmung führt, reichliche Geldmittel zur Verfügung gestellt um das Werk zur Durchführung zu können.

Zur Stunde hat sich jedoch eine starke Opposition bemerkbar gemacht, und das Bewilligungskomitee hat in seinem gestern eingebrachten Bericht über verschiedene Bewilligungen die \$400,000 überhaupt nicht erwähnt. Man nimmt an, daß diese Bewilligung mit voller Ermächtigung und Unterzeichnung der Regierung bei der Debatte als ein Zusatzantrag eingebracht werden wird.

Schwere Explosion in Archangel!

Berlin, 21. Feb. (Zunfenerbericht.) Die leberische Nachrichtenagentur meldet: Berichten aus Kopenhagen gemäß hat sich in der russischen Hafenstadt Archangel (an der Mündung der Dwina, die sich ins Weiße Meer ergießt) eine fürchterliche Munitionsexplosion zugetragen, wobei 1500 Personen getötet und 3000 verletzt wurden. Die Kopenhagener Debatte besagt: „Die Explosion ereignete sich am Kriegsmunitionsdock während der Lösung der Fracht vor sich ging. Der Munitionsdampfer wurde in Atome zerflattert. Durch die Gewalt der Explosion wurde jede Person in einem Umkreis von einem Kilometer getötet oder verurundet; 1500 Familien ums Leben und 3000 wurden verletzt. Der angerichtete Schaden wird auf 50,000,000 Rubel veranschlagt.“

Ruhe herrscht an allen Fronten!

Paris, 21. Feb. — Das französische Kriegsamt hatte nichts von der Art der verheerenden Kriegsschauplätze zu melden.

Amerikaner werden Schiffe bestücken!

So erklärt das w. hl. Unterrichtete „Army & Navy Journal“; dahingehende Entscheidung der Regierung angeblich bevorstehend.

Washington, 21. Feb. — Das offizielle Organ der Armee und Marine, „The Army and Navy Journal“, sagt editoriell, es kann auf Grund zuverlässiger Quellen die Nachricht bringen, daß die Bundesregierung binnen wenigen Tagen keine Entscheidung betriebs Befriedigung amerikanischer Handelschiffe veröffentlicht wird. Daß diese Entscheidung zugunsten der Bewaffnung ausfallen wird, ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen. Die Möglichkeit ist vorhanden, daß die Bewaffnung nicht nur im weitestgehenden Sinne des Wortes „geatmet“, sondern mit Unterzeichnung wenn nicht unter Aufsicht des Marineamts vor sich gehen wird. Seit mehreren Tagen hat Präsident Wilson Empfehlungen, die auf die Befriedigung amerikanischer Handelschiffe Bezug haben und die ihn von Marinebeamten vorgelegt wurden, unter die Lupe genommen. Man weiß, daß V. A. S. Franklin, Präsident der Internationalen Mercantile Marine Company, nicht der Einzige gewesen ist, der darum ersucht hat, die Schiffe jener Reederei, welcher er vorsteht, zu bewaffnen. Und diese Reederei verfügt über die größten Handelschiffe Amerikas.

Man nun ans Werk gehen zu können, bedarf man nur der Zustimmung der Bundesregierung. Veränderungen eines Mitgliedes des Marineabteilungsgremiums gemäß sind vorgeschlagen worden, um 200 Schiffe bestücken zu können. Die größeren Schiffe sollen mit modernen sechs-zölligen Geschützen ausgestattet werden, die kleineren mit drei-zölligen Geschützen herab bis zu Kanonen einhundert Kalibers.

Ein Mitglied des Kabinetts hat sich geäußert: „Wir können Deutschland nicht geatmet, indirekt das gegen uns zu unternehmen, was es direkt zu tun droht!“

Indem dieser Diplomat die amerikanische Dampferlinie als Beispiel anführt, machte er darauf aufmerksam, daß gegenwärtig jedes Handelschiff mit 65,239 Lammgewicht in den Säuen auf Grund der deutschen Drohung festliegen. Die Regierung mag eine direkte Bewaffnung der Handelschiffe dadurch umgehen, daß sie eine große Anzahl Reserveartillerie einfach als unbrauchbar erklärt, diese an Zwischenhändler verkauft und sie an die Dampfschiffahrtsgesellschaften veräußert läßt.

Das Staatsdepartement hat bereits erklärt, daß der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe nichts im Wege stehe und daß ihnen das Recht auf Bewaffnung verweigert werden soll.

Das Staatsdepartement hat bereits erklärt, daß der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe nichts im Wege stehe und daß ihnen das Recht auf Bewaffnung verweigert werden soll.

Staats senator Howell ist kein Bürger!

Trotzdem kann der Senat, wenigstens vorläufig, ihn seines Amtes nicht verurteilt erklären.

Lincoln, Nebr., 21. Feb. — Das Senatskomitee, welches beauftragt war, die Verurteilung, daß Senator Edward Howell von Douglas County kein Bürger sei, zu prüfen, hat jetzt seinen Bericht fertiggestellt. Aus demselben geht hervor, daß laut einer behaupteten Aussage des Clerks des Schriftzuges von Douglas County, Samuel N. Howell, der Vater des Senators, kein natürlicher Bürger war, und daß aus diesen Gründe Edward N. Howell ebenfalls kein natürlicher Bürger ist. Daß Senator Howell jedoch das Recht hat, seinen Sitz im Senat einzunehmen, weil er seine Absicht, Bürger zu werden, erklärt hat (die ersten Bürgerrechte heranzuziehen hat) und deshalb als qualifizierter Stimmabgeber das Recht hat, Senator zu werden.

Das Komitee übermittelte den Bericht ohne jedwede Empfehlungen, da, wie der Bericht sagt, man nur mutmaßen kann, was eine weitere Unternehmung zu Tage fördern würde. (Soll Senator Howell seinen Sitz innehalten darf, würde jeder, der nur die ersten Bürgerrechte besitzt, das Recht haben, sich als Kandidat für das Staatsamt aufstellen zu lassen.)

Amerikaner werden Schiffe bestücken!

So erklärt das w. hl. Unterrichtete „Army & Navy Journal“; dahingehende Entscheidung der Regierung angeblich bevorstehend.

Washington, 21. Feb. — Das offizielle Organ der Armee und Marine, „The Army and Navy Journal“, sagt editoriell, es kann auf Grund zuverlässiger Quellen die Nachricht bringen, daß die Bundesregierung binnen wenigen Tagen keine Entscheidung betriebs Befriedigung amerikanischer Handelschiffe veröffentlicht wird. Daß diese Entscheidung zugunsten der Bewaffnung ausfallen wird, ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen. Die Möglichkeit ist vorhanden, daß die Bewaffnung nicht nur im weitestgehenden Sinne des Wortes „geatmet“, sondern mit Unterzeichnung wenn nicht unter Aufsicht des Marineamts vor sich gehen wird. Seit mehreren Tagen hat Präsident Wilson Empfehlungen, die auf die Befriedigung amerikanischer Handelschiffe Bezug haben und die ihn von Marinebeamten vorgelegt wurden, unter die Lupe genommen. Man weiß, daß V. A. S. Franklin, Präsident der Internationalen Mercantile Marine Company, nicht der Einzige gewesen ist, der darum ersucht hat, die Schiffe jener Reederei, welcher er vorsteht, zu bewaffnen. Und diese Reederei verfügt über die größten Handelschiffe Amerikas.

Man nun ans Werk gehen zu können, bedarf man nur der Zustimmung der Bundesregierung. Veränderungen eines Mitgliedes des Marineabteilungsgremiums gemäß sind vorgeschlagen worden, um 200 Schiffe bestücken zu können. Die größeren Schiffe sollen mit modernen sechs-zölligen Geschützen ausgestattet werden, die kleineren mit drei-zölligen Geschützen herab bis zu Kanonen einhundert Kalibers.

Ein Mitglied des Kabinetts hat sich geäußert: „Wir können Deutschland nicht geatmet, indirekt das gegen uns zu unternehmen, was es direkt zu tun droht!“

Indem dieser Diplomat die amerikanische Dampferlinie als Beispiel anführt, machte er darauf aufmerksam, daß gegenwärtig jedes Handelschiff mit 65,239 Lammgewicht in den Säuen auf Grund der deutschen Drohung festliegen. Die Regierung mag eine direkte Bewaffnung der Handelschiffe dadurch umgehen, daß sie eine große Anzahl Reserveartillerie einfach als unbrauchbar erklärt, diese an Zwischenhändler verkauft und sie an die Dampfschiffahrtsgesellschaften veräußert läßt.

Das Staatsdepartement hat bereits erklärt, daß der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe nichts im Wege stehe und daß ihnen das Recht auf Bewaffnung verweigert werden soll.

Das Staatsdepartement hat bereits erklärt, daß der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe nichts im Wege stehe und daß ihnen das Recht auf Bewaffnung verweigert werden soll.

Staats senator Howell ist kein Bürger!

Trotzdem kann der Senat, wenigstens vorläufig, ihn seines Amtes nicht verurteilt erklären.

Lincoln, Nebr., 21. Feb. — Das Senatskomitee, welches beauftragt war, die Verurteilung, daß Senator Edward Howell von Douglas County kein Bürger sei, zu prüfen, hat jetzt seinen Bericht fertiggestellt. Aus demselben geht hervor, daß laut einer behaupteten Aussage des Clerks des Schriftzuges von Douglas County, Samuel N. Howell, der Vater des Senators, kein natürlicher Bürger war, und daß aus diesen Gründe Edward N. Howell ebenfalls kein natürlicher Bürger ist. Daß Senator Howell jedoch das Recht hat, seinen Sitz im Senat einzunehmen, weil er seine Absicht, Bürger zu werden, erklärt hat (die ersten Bürgerrechte heranzuziehen hat) und deshalb als qualifizierter Stimmabgeber das Recht hat, Senator zu werden.

Das Komitee übermittelte den Bericht ohne jedwede Empfehlungen, da, wie der Bericht sagt, man nur mutmaßen kann, was eine weitere Unternehmung zu Tage fördern würde. (Soll Senator Howell seinen Sitz innehalten darf, würde jeder, der nur die ersten Bürgerrechte besitzt, das Recht haben, sich als Kandidat für das Staatsamt aufstellen zu lassen.)

Verden abgemittelt.

New York, 21. Feb. — Die amerikanische Linie hat alle Abfahrten ihrer Passagierschiffe ausgeben. Die im Jänner den zur Abfahrt bereit liegenden Dampfer St. Louis verurteilte Ladung wird wieder geladert. Schon am 3. Februar sollte die Abfahrt abgebrochen werden, die Abfahrt aber wurde wegen der Verschärfung des Tauchbootkrieges von einem Tag auf den anderen verschoben, und heute wurde die Mannschaft des genannten Schiffes abgemittelt. Man weiß sich nicht diesen Umständen nicht zu erklären. Einmal heißt es, daß die Bundesregierung den Plan, die amerikanischen Schiffe zu bestücken, fallen gelassen habe, dann wieder wird gesagt, daß die gegenwärtige Krisis die Regierung veranlaßt habe, die Reeder zu benachteiligen, daß deren Schiffe notwendig als Hilfskreuzer verwendet werden würden und im Hafen bleiben müßten.

Indem dieser Diplomat die amerikanische Dampferlinie als Beispiel anführt, machte er darauf aufmerksam, daß gegenwärtig jedes Handelschiff mit 65,239 Lammgewicht in den Säuen auf Grund der deutschen Drohung festliegen. Die Regierung mag eine direkte Bewaffnung der Handelschiffe dadurch umgehen, daß sie eine große Anzahl Reserveartillerie einfach als unbrauchbar erklärt, diese an Zwischenhändler verkauft und sie an die Dampfschiffahrtsgesellschaften veräußert läßt.

Das Staatsdepartement hat bereits erklärt, daß der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe nichts im Wege stehe und daß ihnen das Recht auf Bewaffnung verweigert werden soll.

Das Staatsdepartement hat bereits erklärt, daß der Bewaffnung amerikanischer Handelschiffe nichts im Wege stehe und daß ihnen das Recht auf Bewaffnung verweigert werden soll.

Staats senator Howell ist kein Bürger!

Trotzdem kann der Senat, wenigstens vorläufig, ihn seines Amtes nicht verurteilt erklären.

Lincoln, Nebr., 21. Feb. — Das Senatskomitee, welches beauftragt war, die Verurteilung, daß Senator Edward Howell von Douglas County kein Bürger sei, zu prüfen, hat jetzt seinen Bericht fertiggestellt. Aus demselben geht hervor, daß laut einer behaupteten Aussage des Clerks des Schriftzuges von Douglas County, Samuel N. Howell, der Vater des Senators, kein natürlicher Bürger war, und daß aus diesen Gründe Edward N. Howell ebenfalls kein natürlicher Bürger ist. Daß Senator Howell jedoch das Recht hat, seinen Sitz im Senat einzunehmen, weil er seine Absicht, Bürger zu werden, erklärt hat (die ersten Bürgerrechte heranzuziehen hat) und deshalb als qualifizierter Stimmabgeber das Recht hat, Senator zu werden.